



Erfolg. Verübt sich man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden müssen, und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstiger Kampfposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf diese Provokation der Unternehmer hin zum Streit zu greifen. Stufig erwägnd und die eigenen wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Gelingt dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden.

C. Vogeln.

## Aus unserm Beruf.

— Brandenburg a. d. B. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang nach hier fernzuhalten.

— Colditz. Da die Schuhfabrik von Schindl u. Walther im "Central-Anzeiger" Arbeit sucht, so machen wir die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Zwölfer betreffende Firma in einer Lohnbewegung stehen und bitten, bis auf weiteres den Zugang streng zu fernhalten.

— Cppendorf i. S. Wir bitten den Zugang von Zwölfern fernzuhalten.

— Freystadt. Wegen Lohndifferenzen, entstanden durch Ausstellen einer Zweitmaschine, ist Zugang streng fernzuhalten.

— Gräfenhainichen. Die Zwölfer der Firma Cobitz & Wallenbach sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten den Zugang nach hier fernzuhalten. Bericht folgt.

— Schweinfurt. Wegen Lohndifferenzen wird dringend erachtet, den Zugang von Vorstufen und Stepprinnen nach hier streng fernzuhalten.

— Bern. Die Schuhmachergehilfen hier stehen jetzt seit Gründung in einer Lohnbewegung, die durch das verdeckte Verhältnis des sogenannten "Gehilfenvereins" (der übrigens zur Hälften aus "Strüppchen" besteht) sehr in die Länge gezogen wird. Wir ersuchen die Kollegen dringend, den Zugang nach Bern streng zu fernzuhalten.

— Gegen die Marke Schuh. Die Schuhmacherinnung in Birkdorf bei Berlin hält an dem Magistrat das Gesuch gestellt, Schuhwaren von dem Verkauf auf den Jahrmarkt in Zukunft auszuschließen. Der Magistrat hat dieses Gesuch jedoch abgelehnt.

— Über die Geschäftslage im Pirmasens wird dem "Schuhmarkt" berichtet: "Die sogenannte 'rote Saison', die gewöhnlich nach Pfingsten einsetzt, ist in diesem Jahre weniger sichtbar gewesen, was wohl teilweise auf den Streik (?) zurückzuführen sein dürfte, und kann mit Genugtuung konstatiert werden, daß der Betrieb in den Fabriken im allgemeinen ein recht flotter ist. Einzelne Betriebe sind sogar gezwungen, mit Überhändlern zu arbeiten, um die einlaufenden Bestellungen zu befriedigen. Wenn auch in den letzten Wochen in einzelnen ion-gegebenden Fabrikationsen des Abzugs etwas zu stoßen begann und englische Sammeltereien von Berlin aus der Arbeitszeit sprachen, so ist die heutige Geschäftslage, wie man allenfalls vermutzt, doch wieder eine normale und teilweise recht gute. Tritt nun noch gutes Herbstwetter ein, das nicht allein von allen Schuhfabrikanten, sondern auch aus dem außerhalb der Wande liegenden Interessenten allgemein gewünscht wird, so dürften die Hoffnungen auf ein eindrucksvolles neues Herbst- und Wintergeschäft in Erfüllung gehen. Auch die Presse für die fertige Ware haben ebenfalls eine wenn auch kleine Erholung erfahren, was in Anbetracht der beständigen leider nur zu oft auftretenden Schnür- und Schleuderkonkurrenz mit freudig begrüßt werden muß. Zwar sind am Platze einige dieser 'billigen Fabrikanten' seit meinem letzten Bericht von der Bildstädte verschwunden und wäre es im Interesse der soliden Industrie und insbesondere auch der Herren Westenfalen nur zu begrüßen, wenn folglich aus den 'gemachten Erfahrungen' auch eine heilsame Lehre gezogen. Besser wird noch oft gesundigt, das hier und da Fabrikanten bestrebt sind, den Ausfall an Verdienst bei der fertigen Ware durch Maschinenproduktion einzuholen. Zur maßgebenden und vorurteilserreichten Kreisen ergibt dieses Vorgehen nur Kopfschütteln. Trotz des geradezu miserablen Augustwerts und trotzdem auch der September zu mitschön hörig gelieben, dürfte bei einigen wenigen günstiger Witterung - zweigleich einem trockenen Herbst - der Geschäftsgang doch noch manche Schärfe ausweichen!" — Also der Schwindel vom "Streik" wird fortgesetzt und der bieder-maurische "Schuhmarkt" läuft ruhig die Aussperzung in einen Streik umschlagen. Ein kapitalistische Moral!

— Zur Selbstständigkeit des Kleinstschuhmachers. Der Hirsch-Duischer Federarbeiter schreibt: "Wie die Selbstständigkeit eines Schuhmachers zu geschäftlicher Unabhängigkeit geführt kann, dafür hätte nachstehendes einen drastischen Beleg liefern. Ein Schuhmachermeister in St. Johann bei Saarbrücken, der schon lange selbständig ist, übernahm die Reparaturarbeiten eines Schuhhändlers. Nun glaubte der Schuhhändler der Schuhmacher seine Fürsorge nach etwas weitergehend angebietet zu lassen, indem er ihm vorstieß, seinen Federhändler nur noch bei Z. zu dessen. Der Schuhhändler und Federhändler sind beide eines Sammels und doch da der eine für den andern sorgt, ist selbstverständlich. So soll es denn sogar vorgenommen sein, daß der Schuhhändler mit frisch gekauften Schuhen zum Federhändler kommt, um sich zu versichern, ob die Schuhe aus seinem Federhändler und um den Schuhmacher davon zu bewahren, daß er sich leichtsinniger Weise zum Verbrecher mache, indem er seine Ware etwa sonstwo, aber nicht bei ihm einläuft." Und eine solche erbarmungsverdiente Nummerierung soll der "Mittelstand", die "solide Säule des Staates" sein und zu ihrer Erhaltung soll jeder Vorleser aufgerufen und die Bergangszeit wieder neu belebt werden. Der reine Wahnsinn!

— Aus der Schuhindustrie. Eine neue mechanische Schuhfabrik wird von Faure in Hauenstein (Pfalz) errichtet. — Wegen Verdachts der Brandstiftung wurde in Offenbach a. M. der Schuhfabrikant Segelhorst verhaftet.

— Erhöhung der Schuhwarenpreise in England. Wie aus London berichtet wird, wurde in einer außerordentlichen Versammlung der vereinigten englischen Schuhwarenfabrikanten eine Erhöhung der Preise beschlossen, da im Hinterland auf die gestiegenen Material- und Produktionskosten zu den jetzigen Verkaufspreisen eine reelle und gute Ware nicht mehr geliefert werden kann.

Der amerikanische Federtrutz hat in seinem letzten Geschäftsjahr ein Déficit von 79 684 Dollar gemacht, während er im vorhergegangenen Jahre einen Überschuss von 408 877 Dollar erzielte. Der Trutz arbeitet mit einem Aktienkapital von 24½ Millionen Dollar = 98 Millionen Mark.

## Zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

Die Frage der obligatorischen Einführung obiger Unterstützungsanstalten ist durch den Vorstand des Vorlandes als auch durch die abweisende Meinung des Kollegen Weise wiederum in den Hintergrund des Interesses gerückt worden. Bei der Bedeutung, den der innere Aufbau der Organisation für die Mitglieder in sich hat, ist es nur zu begrüßen, wenn wiederum eine rege und sachliche Diskussion über diese Fragen Platz greift. Wenn auch einzelne Kollegen der Meinung sind, daß jetzt eigentlich genugend über diese Fragen debattiert und nun Zeit zum "Handeln" sei, so darf doch nicht verkannt werden, daß der kolossal Wechsel innerhalb unserer Organisation es geradezu zur Füchte macht, sobald derartige Fragen wieder auftauchen zu behandeln, wie dies vor Jahren schon geschehen ist.

Der Schwerpunkt der nun zu führenden Diskussion liegt nach meiner Auffassung darin, daß die ganze Kraft der Agitation daran verhindert wird, daß die große Mehrheit unserer Mitglieder der den nächsten Urabstimmung mit ja stimmt und dadurch einmal prinzipiell klarstellt, daß sie für die Ausdehnung der Unterstützungsanstalten nach dieser Seite hin ist.

Hat man einmal die Gewissheit, daß die große Mehrzahl unserer Mitglieder für die obligatorische Einführung dieser Maßnahmen ist, so ergibt sich alles weiter von selbst. Denn nicht deshalb war es selber nicht möglich diese Fragen einzuführen, weil ja die Mitglieder materiell zu wenig von diesen Einrichtungen verstanden, sondern deshalb, weil die ganze Agitation der Gegner unter allen möglichen Gründen darauf gerichtet war, prinzipiell die Meinung aufrecht zu erhalten, daß es nicht notwendig und zweckmäßig ist, derartige Einrichtungen zu schaffen. In diesem Sinne sind denn auch alle Abstimmungen, die seit Jahren über diese Fragen vorgenommen wurden, ausgestanden.

Deshalb bin ich, wie oben gesagt, der Meinung, daß alles andere vorher in der Diskussion hätte werden sollen, um sich nach dieser Richtung hin zunächst einmal ein klares und übersichtliches Bild zu verschaffen. Ob diese Klarheit einmal vorhanden ist, kann ich nach meiner Auffassung leicht zu einem Zweck zu gelangen; denn in dem Moment, wo ein Mitglied mit ja stimmt, ist es sich auch bemüht, daß wenn es weitere Vorstöße vom Verband erhalten will, auch höhere Beiträge bezahlen muß, und je höhere Beiträge es gewillt ist zu zahlen, desto höher sind dann auch die Vorstöße, die es von dieser Einrichtung hat. Daraus entspricht es nicht meinem Wunsche, daß man die Diskussion in dieser Weise eingeleitet hat, weil es doch als ganz ausgeschlossen zu betrachten ist, daß man gleichzeitig mit der prinzipiellen Abstimmung auch zugleich einen praktischen Vorschlag zur Ausführung mit abstimmen kann. Um über die praktischen Vorschläge zu diskutieren, wäre auch noch der Urabstimmung bis zur Generalversammlung noch genug Zeit und Gelegenheit gewesen.

Rachdem nun aber die Diskussion bereits in diese Bahnen gelenkt ist, ist es auch notwendig, sich damit zu befassen und jenen die nächsten Ausführungen diesem Zweck gewidmet sein.

Wenn man so in allgemeinem Sinn die wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klasse vor Augen hält, so steht zweifellos eine Tatsache fest, daß sich dieselben immer mehr aufzuheben, daß immer unerträglicher, immer unmöglich für den einzelnen wird, sich selbst aus den jeweiligen wirtschaftlichen Lebensbedingungen herauszuheben, und ist es ganz erklärlich, daß das Verstreben des Faschismus darauf gerichtet ist, durch immer größeren Zusammenfluß und inneren Aufbau ihrer Organisation sich noch mehr als bisher vor den Unbillen des kapitalistischen Systems zu schützen.

Diese Überzeugung hat sich denn auch in den Reihen unserer Kollegen und Kolleginnen ganz bedeutend gehoben, da ist sich ein ganz kolossaler Anschluß an gunsten der Einführung weiterer Unterstützungsmaßnahmen bemerkbar gemacht. Selbst diejenigen, die bis jetzt noch gegen waren, werden es begreiflich finden, daß angehört der kolossalen Oper, die diese Kritik erfordert hat, es notwendig ist, sowohl es in unseren Kreisen steht, einer Kluft in unserem Vereinshaus zum Angen und Wohle der Gesamtheit auszuheilen.

Wenn man nun zu dieser Überzeugung gelommen ist, so muß es geradezu verblüffend auf einen wirken, wenn seitige Anhänger dieser Unterdrückung nun plötzlich in einer Art und Weise dafür agitieren, die es als vollständig ausgeschlossen erscheinen läßt, daß wenn in dieser Art weiter agitiert wird, sich eine prinzipielle Klarheit für die Einführung ergibt. Dennoch muss bedeuten, wenn der Artikel des Kollegen Weise in seiner Konsequenz ist: Doch nichts anderes, als daß man, wenn es nicht möglich ist, die obligatorische Einführung auf Grund der statutären Bestimmungen in Bezug auf Beitrag und Leistungen, wie jetzt bestehen, zu befristete, das Obligatorium dann einfach ablehnt und alles beim alten läßt.

Ja bedient sich der Kollege Weise garnicht, daß er durch einen derartigen Standpunkt die Interessen der Gesamtheit schädigt? Oder glaubt der Kollege Weise, daß durch die statutären Einrichtungen schon genugend für die Opfer des kapitalistischen Systems gesorgt ist? Kollege Weise ruft aus, man sollte nicht etwas Gutes niederschaffen, wenn sein plausibler Grund dafür vorhanden ist. Ja ist denn dem Kollegen Weise nicht bekannt, daß der Erfolg, den man sich von der statutären Einführung versprochen hat, vollständig ausgedient ist? Ist ihm nicht bekannt, daß hunderte, ja tausende von Mitgliedern bereits bei der letzten Urabstimmung und bei der kommenden jedenfalls noch mehr, ja für das Obligatorium ausgeprochen haben, die sich aber niemals dazu entschlossen haben, diesen statutären statutären bestimmen zu befristete, das Obligatorium dann einfach abzulehnen und alles beim alten läßt.

Ja bedient sich der Kollege Weise garnicht, daß er durch

einen derartigen Standpunkt die Interessen der Gesamtheit schädigt?

Oder glaubt der Kollege Weise, daß durch die statutären Einrichtungen schon genugend für die Opfer des kapitalistischen Systems gesorgt ist?

Kollege Weise ruft aus, man sollte nicht etwas Gutes niederschaffen, wenn sein plausibler Grund dafür vorhanden ist. Ja ist denn dem Kollegen Weise nicht bekannt, daß der Erfolg, den man sich von der statutären Einführung versprochen hat, vollständig ausgedient ist?

Ist ihm nicht bekannt, daß hunderte, ja tausende von Mitgliedern bereits bei der letzten Urabstimmung und bei der kommenden jedenfalls noch mehr, ja für das Obligatorium ausgeprochen haben, die sich aber niemals dazu entschlossen haben, diesen statutären bestimmen zu befristete, das Obligatorium dann einfach abzulehnen und alles beim alten läßt.

Ja bedient sich der Kollege Weise garnicht, daß er durch

einen derartigen Standpunkt die Interessen der Gesamtheit schädigt?

Oder glaubt der Kollege Weise, daß durch die statutären Einrichtungen schon genugend für die Opfer des kapitalistischen Systems gesorgt ist?

Kollege Weise ruft aus, man sollte nicht etwas Gutes niederschaffen, wenn sein plausibler Grund dafür vorhanden ist. Ja ist denn dem Kollegen Weise nicht bekannt, daß der Erfolg, den man sich von der statutären Einführung versprochen hat, vollständig ausgedient ist?

Ist ihm nicht bekannt, daß hunderte, ja tausende von Mitgliedern bereits bei der letzten Urabstimmung und bei der kommenden jedenfalls noch mehr, ja für das Obligatorium ausgeprochen haben, die sich aber niemals dazu entschlossen haben, diesen statutären bestimmen zu befristete, das Obligatorium dann einfach abzulehnen und alles beim alten läßt.

Ja bedient sich der Kollege Weise garnicht, daß er durch

einen derartigen Standpunkt die Interessen der Gesamtheit schädigt?

Oder glaubt der Kollege Weise, daß durch die statutären Einrichtungen schon genugend für die Opfer des kapitalistischen Systems gesorgt ist?

Kollege Weise ruft aus, man sollte nicht etwas Gutes niederschaffen, wenn sein plausibler Grund dafür vorhanden ist. Ja ist denn dem Kollegen Weise nicht bekannt, daß der Erfolg, den man sich von der statutären Einführung versprochen hat, vollständig ausgedient ist?

Ist ihm nicht bekannt, daß hunderte, ja tausende von Mitgliedern bereits bei der letzten Urabstimmung und bei der kommenden jedenfalls noch mehr, ja für das Obligatorium ausgeprochen haben, die sich aber niemals dazu entschlossen haben, diesen statutären bestimmen zu befristete, das Obligatorium dann einfach abzulehnen und alles beim alten läßt.

Ja bedient sich der Kollege Weise garnicht, daß er durch

einen derartigen Standpunkt die Interessen der Gesamtheit schädigt?

Oder glaubt der Kollege Weise, daß durch die statutären Einrichtungen schon genugend für die Opfer des kapitalistischen Systems gesorgt ist?

Kollege Weise ruft aus, man sollte nicht etwas Gutes niederschaffen, wenn sein plausibler Grund dafür vorhanden ist. Ja ist denn dem Kollegen Weise nicht bekannt, daß der Erfolg, den man sich von der statutären Einführung versprochen hat, vollständig ausgedient ist?

Ist ihm nicht bekannt, daß hunderte, ja tausende von Mitgliedern bereits bei der letzten Urabstimmung und bei der kommenden jedenfalls noch mehr, ja für das Obligatorium ausgeprochen haben, die sich aber niemals dazu entschlossen haben, diesen statutären bestimmen zu befristete, das Obligatorium dann einfach abzulehnen und alles beim alten läßt.

auch eine Karentzeit? Gibt es nicht auch dort eine Grenze der Gestaltung? Aber selbst wenn das, was Weise glaubt, zutreffen würde, würde sich immer noch Gelegenheit bieten, über diese Sache zu verhandeln und einen Ausgleich zu suchen, ohne daß es nötig gewesen wäre, einen vertraglichen Teil in die Diskussion zu treiben.

Die Gründe, die Kollege Weise dagegen anführt, können nicht einfach bezeichnet werden, denn Ausgeteuerte hat es immer gegeben, wird es immer geben und wird es auch in diesem Hause geben, auch nach dem System Weise. Wir haben aber diese Frage noch von einem andern Geschäftspunkt aus zu betrachten. Diese Unterstützungsanstalten gehören allemal laut zu launen und müssen einheitlich verwaltet werden. Wir haben den Vorstand aus Sparankündigung von allen überflüssigen Arbeiten zu verschonen und aus Verwaltungstechnischen Gründen für möglichste Vereinheitlichung der Verwaltung zu sorgen.

Sie habe nun meine Auffassung über diese Fragen niedergelegt und habe mich in der Hauptstadt nur von prinzipiellen Grundgedanken leiten lassen. Wenn wir es mit dem Fortschritt unserer Organisation ehrlich meinen, so müssen wir mit aller Energie dafür eintreten, daß diese Frage bei der Abstimmung mit großer Majorität angenommen wird.

Stuttgart. — R. Eberspächer.

## Arbeitslosen- und Krankenunterstützungskasse im Verein deutscher Schuhmacher.

Wenn ich in meinem vorigen Artikel erklärt habe, im Verlaufe der Diskussion noch einmal darauf zurückzukommen, so bin ich jedoch geworden, dies früher tun zu müssen als ich glaubte. Den Anlaß dazu bietet die Erweiterung des Vorlandes in Nr. 26, und ich muß mit Bedauern konstatieren, daß dem Vorstand die Feder entzogen ist, schnell über das Papier geschritten ist. Meiner Person zuliebe hätte ich es dem Vorstand gerne erlaubt, einen noch gründigeren Käppel in das "Sachblatt" zu malen; mas aber die Sache selbst anberaumt, so könnte ich allen Kollegen, welche das Vorland, welche er in seinem Artikel gegen mich gebracht zu beurteilen, und sich den Vorstand nicht zum Nutzen zu nehmen.

Wenn der Vorstand erklärt, aus meinem Artikel wäre nicht zu erkennen, ob ich die Obligatoriums wünsche, so erkläre ich ihm höchstens, die ersten fünf Seiten im zweiten Satze meines Artikels normal durchzugehen. Auch in der letzten Spalte meines Artikels befindet sich folgender Satz: "Ich bin dafür, das jetzige System obligatorisch einzuführen, und zwar mit folgenden Käppen". Haben ich hier nicht klar und deutlich genug ausgedrückt, daß ich das Obligatorium wünsche? Ich hätte eigentlich nicht möglic, den Vorstand auf diese ungemeinliche Stellungnahme aufmerksam zu machen, denn er folgt aus den Ausführungen dieses Satzes: "Um mein Schön, dann muß bei dem Obligatorium für dasselbe Geld auch die gleiche Unterstützung in der Höhe sowohl als auch in der Dauer bejaht werden". Schrumm! In dem durften nur folgenden Satz erklärt der Vorstand, daß ich mir den Kopf darüber nicht zerbrochen hätte, ob dieses auch auszuführen sei, denn ich würde nur nach Weisenfelder Verhältnissen und halte dieselben für den Berlin als mögwend. Bei diesen drei Sätzen habe ich nun zu erklären: Der Vorstand hat ganz recht, wenn er bei dem obligatorischen Einführung dieselben Leistungen wie jetzt fordert. Ich habe sogar die Überzeugung, daß wir dann leistungsfähiger sein werden. Oder wird der Vorstand vielleicht behaupten, daß bei der obligatorischen Einführung einer Einrichtung die Leistungsfähigkeit herabgesetzt werden kann. Wer dies behaupten will, der muß aus dieser Erkenntnis auch die Konsequenzen ziehen. In einem späteren Sachblatt allerdings das Vorland die Behauptung auf, daß wenn die jetzige Einrichtung obligatorisch eingeführt würde, die gleiche nicht durchführbar sei. Diese Behauptung hätte ich allerdings an allgemeinen vom Vorstand erwartet; denn bisher war man doch allgemein der Ansicht, daß die statutative Einrichtung daran fröhne, daß sich dieselben eine ganze Anzahl fränkischer und älterer Personen anhören, längstere sich dagegen fernhalten, wodurch eine ungemeinliche Belastung der Kasse entsteht. Diesen Liebhabende könnte nur das Obligatorium abholen. Ja, ich behaupte auch, daß bei einem Obligatorium die Rentabilität sich steigert würde, trotz der rechtlichen Grundlage des Vorlandes, welche ich letztens an zweitwillig abholte mit aber der Vorstand, darüber ebenfalls Betrachtungen anzustellen. Zumal die Berechnung der Rentabilität mit der Rentabilität. Diese Berechnung, auf der Berlin angewandt, hat ein Soz. Etatens wird da ohne Rentabilität Rentenversicherung gehabt, und zweitens auch auf die Dauer von 26 Jahren. Eine höhere Zahl von Krankheitslagen mit sich dadurch pro Mitglied ergeben, wie sie auf den Berlin nicht anwendbar sind. Die Berechnung der Zuflusslasten muß als richtig angenommen werden, doch ist es auch hier ein Fehler vom Vorstand, die Zahl der Beiträge, welche im Verein gezahlt sind, bei Übertragungen in Rechnung zu bringen. Es würde auch hier richtig sein, die Beiträge, welche zur Zuflusslast gezeigt sind, in Rechnung zu bringen. Nur will ich mir aber erlauben, das praktische Ergebnis der Zuflusslast vom Jahre 1902 auf den Berlin zu übertragen. Die Gemeinkosten betragen 16 402,50 M., die Gemeinkosten einheitlich abgänglich von 20 Proz. für Disiverwaltungen 13 656,22 M., mithin ein Nebenkost von 2746,28 M. Wollen wir dieses nun im unjährigen Beitrags auf den Verein übertragen, so würden die Gummabnahmen und Ausgaben gewiß um das neunfache erhöhen, aber auch den Nebenkost von 2746,28 M. auf 24 696 M. bringen. Diese Berechnung wird der Vorstand ebenso wenig annehmen können, wie ich der jenseitigen gegenüber getan habe, was ich aber für wertvoller halte, ist, daß ich sie bei der Zuflusslast um eine jährliche praktische Unterlage handelt.

Auf den Generalversammlungen in Mainz, Magdeburg und Düsseldorf hat man den Statuten gegenüber immer dieselben Weisungen erhoben, daß dieselben in der Praxis nicht als maßgebend betrachtet werden können. Diese Zweifel erleme ich jetzt noch an, ob bedeute nur, daß diese Jahre praktischer Einführung nicht als ein Risiko betrachtet werden. Was nun der Vorstand erzählt, daß ich mir nach Weisenfelder Verhältnissen urteile und dieselben als maßgebend betrachte, so muß ich dem doch den Vorstand erlauben, mit den Sachen anzugeben, in welchen ich dies niedergeschrieben habe. Oder soll dieses vielleicht, die sachliche Werdegang meiner Ansicht seien? Über diesen und viele andere Sätze überlasse ich das Urteil den Kollegen selbst; nur eins habe ich dem Vorstand noch zu erläutern. Ich nehme für mich in Anspruch, von Neffa aus das Recht zu haben, für meine Ansichten Gläubige zu gewinnen, genau so, wie es der Vorstand beanprucht, um von dem unschönen Rom aus Gläubige finden zu wollen.

Gebt ich im Vorstehenden nur der Zuflusslast eine Erwähnung, um nachzuweisen, daß dieselbe doch bestehen kann (Werbetarif will ich noch einsetzen, daß bei den Ausgaben 1000 M. für die Verwaltung enthalten sind, die Ausgabe auf den Verein übertragen, so würden 9000 M. für die Verwaltung ausgeworfen sein), so will ich hier weiter anführen, daß auch die Arbeitslosen-Kasse bei meinen Vorschlägen erfüllt kann und auch noch etwas abwicklbar, vielleicht etwas mehr wie die Zuflusslast. Nach Angabe des Vorstandes sind 1902 848 908 Beiträge geleistet worden. Rechnen wir an, die Hälfte der Beiträge wurde zu 10 Pfennigen geleistet, so ist das 42 195 M., die andere Hälfte zu 5 Pfennigen, ergibt 21 097,50 M., alles zusammen in Summe 63 292,50 M. Rechnen wir für die jetzigen Mitglieder der Arbeitslosenkasse 292 M. zur Unterstützung juriert, so würden wir, wenn das

Karenzjahr vorüber ist, einen Bestand von 68 000 M. aufzuweisen können. Rechnen wir im zweiten Jahre mit der gleichen Einnahme, abgängig einer Summe von 85—40 000 M. für Unterstützungen, so würden wir in der folgenden Generalversammlung mit einem Betrag von 76 634 M. aufzuwarten können. Daß eine größere Ausgabe nicht wahrscheinlich ist, dafür muß ich die Aeußerungen einiger Vorstandsmitglieder anführen. Auf der Generalversammlung in Magdeburg erklärte Kollege Reuß: Die Ausgaben in Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit und Notunterstützung würden sich auf 82 bis 85 000 M. belaufen. Nach dieser Aeußerung glaube ich, mit dem Anschlage von 40 000 M. für die Arbeitslosenunterstützung allein nicht zu niedrig gegriest zu haben. Im Gegenteil, ich sehe voraus, daß wir noch billiger wogen können. Gedenkt erklärte Kollege Bod. Bei 18 000 Mitgliedern würden wir 40 000 M. einnehmen; mehr wie 20 000 M. würde uns aber die Arbeitslosenunterstützung nicht lassen. Kollege Simon, welcher das Referat in Magdeburg gab, ging noch viel weiter. Er erklärte laut Protokoll, daß, wenn die 25 Pg. Beitrag abgelehnt würden, mit welchen er die Arbeitslosenunterstützung glaubt durchzuführen gännen, so sollte man dieselbe doch einführen, ein Zufluss von 6000 M. durch die Hauptstiftung, unter Bezeichnung der übrigen Unterstützungswege (siehe Protokoll der Konferenz Thüringen 1900), würde genügen, die zur nächsten Generalversammlung hinzutun.

Mit den angestellten Berechnungen und den wiedergegebenen Aeußerungen von Personen, deren Meinung ich sehr hoch einzschalte, glaube ich berechtigt zu haben, daß die jetzt vom Vorstand abgegebenen pessimistischen Erklärungen doch wohl der Grundlage entbehren. Auch die Krankenauflagekasse bietet nicht die geringste Gefahr, die Aktionsfreiheit der Organisation in ihren vorzüchlichen Kämpfen zu behindern. Neben dem über die Ausschläge bereits angeführten muß noch bemerkt werden, daß auch dort, durch die Karenzzeit ein bedeutender Fonds gesammelt wurde, welcher, da die Beiträge höher als bei der Arbeitslosigkeit, umgesetzt die Höhe von 80 000 M. erreichen würde. Diese Summe würde sich allerdings etwas vergrößern, und zwar dadurch: wird das Obligationen verschlossen, so müssen wir den Kollegen, welche heute doppelt versichert sind, entgegenkommen, um ihnen den Übertritt resp. die Auflage der Doppelversicherung zu erleichtern. Die Generalversammlung müßte, um dieses durchzuführen zu können, beschließen, daß, wer bis zum Tage des Votumtretns des Statuts übertritt, eine ganz kurze oder gar keine Karenzzeit zurückzulegen hat. Dieses halte ich für einen Alt der Gerechtigkeit, zu welchem wir diesen Kollegen gegenüber verpflichtet sind. Im gleichen Sinne ist auch der Tabarbeiterverband bei Einführung seines Obligationen vorgegangen. Die Vorschläge, welche ich den Kollegen unterbreite habe, glaubt ich hierdurch, was speziell die finanzielle Seite betrifft, genügend begründet zu haben. Die Kollegen können hieraus ersehen, daß es nicht so ist, wie der Vorstand meint, daß nur Vorschlag aus Absicht gemacht werden. Die Beschlüsse, die der Vorstand hält, kann ich eben nicht teilen, ich überlasse es daher den Kollegen, zu entscheiden, ob sie meine Vorschläge für durchführbar halten oder nicht.

Nun zu den Fragen der Urabstimmung. Ich kann hier erklären, daß ich nicht dafür gestimmt habe und auch nicht dafür stimmen werde, wenn mit die Frage vorgelegt werden sollte. Ob ich moralisch oder materiell dazu verantwortlich bin, sei dahingestellt. Aber eins kann ich auch hier dem Vorstand sagen: Als Mitglied einer Generalversammlung übernehme ich für jeden gesetzten Beitrag eine Verantwortung, ob mir derselbe gegen den Sinn geht oder nicht, ist bei mir noch nie ausschlaggebend gewesen. Der Satz, man weiß bald nicht, wie man sein Veto abgeben soll, spielt bei dem Vorstande eine große Rolle, wie überhaupt alle Bemerkungen, die hier und da erhoben werden, dazu ausreichen, um die Rücksichtslosigkeit des Kollegen Weise darzutun. Ich habe mich auch recht darüber gesteuert, viel mehr noch, als über meine eigenen Bahlen, welche im "Fachblatt" so schön nebenstehender zum Abdruck gekommen sind. Wenn es eben an bestreiter Gründen steht, muß man an diesem Mittel greifen. Wie wird es aber in Wirklichkeit bei der Abstimmung stehen. Es wird gejammert: erstens für die Frage 1 mit der Absicht, die Vorstandsanträge zu wollen, zweitens für Frage 1, das Obligationen in seiner jetzigen Gestalt; drittens nur Arbeitslosenunterstützung allein; viertens Zuflusskasse allein; fünftens überhaupt kein Obligationen. Ich bleibe dabei, die Frage 1 kann, wenn sie angenommen wird, nur Ungewissheit hervorrufen. Dies kann über verhindert werden, wenn der Frage 1 die Worte beigesetzt werden, "in der jetzigen Form". Diese Worte waren auch in meinem ersten Artikel auf Spalte 2 in dem Satze: Dringend notwendig wäre, die Stimmette zu so gehalten, daß es heißt, "in der jetzigen Form" erhalten. Das Zeihen dieser Worte muß dem außerordentlichen Rat aufgetragen sein, da sonst der Nachtrag unverhinderlich ist. Wag man es noch so klar machen, die Auffassung der verfeindeten Kollegen, was sie zu Frage 1 eingeholt wissen wollen, kann man eben nicht durch Durchstreichen entfernen. Wie rechtmäßig damit hante, geht daraus vorher, daß der Vorstand die Frage 1 propagiert und seinen Vorschlag empfiehlt. Deswegen ist auch die Veröffentlichung nicht das harmlose Ding, als welches man es hinzustellen sucht. Der Vorstand kann nun mitnewegen vorflüchten was er will, er kann auch noch so viel Propaganda darüber machen, wie er es nötig befindet, das alles soll nicht hören. Wenn aber der Vorstand es so aufstellt, daß bei Annahme der Ziffer 1 seine Vorschläge beachtet werden müßten, so haben auch diesejenen recht, wenn sie die Ziffer 1 ablehnen, obgleich sie dafür sind, aber die Vorstandsanträge nicht hören wollen. Die Siegesgewissheit des Vorstandes über die Annahme der Ziffer 1 kann schließlich denselben noch recht enttäuschen. Dieses zu der Frage der Abstimmung.

Die Bemerkung: "Nach dem Gesagten wird Kollege Weise vielleicht gelernt haben, wie er sein Veto abgeben soll", vielleicht ja, wenn dieses aber nicht der Fall, so ist es wohl möglich, vom Vorstand einen Knobelscheiter verabschieden zu erhalten. Des weiteren läßt mich der Vorstand sagen, die Unterstüzung muß in im zweiten Jahre auf 18 Wochen ausgedehnt werden. Ich frage den Vorstand, wo steht das in meinem Artikel? Zu diesem Satz in der Entgegnung des Vorstandes ist in geradezu sarkastischer Form die Drückerhärte vertheidigt worden. Glaubt denn der Vorstand, daß es einen Kollegen gibt, der diesen Satz so zu aufgefaßt hat, als ob damit die prinzipiellen Ziele des Vereins gemeint waren. Nein, für so naiv hätte ich weiter den Vorstand noch die Kollegen, welche das "Fachblatt" lesen. Der Satz in meinem Artikel kann nur so aufgefaßt werden, daß damit die Einrichtungen gemeint sind, welche als Mittel zum Zweck im Verein deutscher Schuhmacher bereits eingeschafft sind. Dieses Ziel halte ich aufrecht, da ich es im Interesse der Gewerkschaft für wertvoll halte, die Mitglieder vom ihrer jetzigen Doppelversicherung ausgenommen zu machen. Aus diesem Grunde habe ich auch meine Vorschläge gemacht, weil ich glaube, dadurch dem Ziel ein Sinn näher zu kommen. Wird dieses durch meine Vorschläge erreicht, so bin ich der Überzeugung, im Interesse der Organisation gewillt zu haben. Wenn hente die Vorschläge des Vorstandes angenommen werden, so müssen alle Kollegen, welche jetzt doppelt versichert sind, an dieser Doppelversicherung festhalten. Die Beiträge werden dadurch für diese Kollegen unerträglich, als daß es durch meinen Vorschlag werden würden. Diese Kollegen können nach Tausenden gähnen und die Befürchtungen des Vorstandes meinen Vorschlägen gegenüber und ebenfalls in den seitigen enthalten.

Die hausbadene Weisheit, die ich zum besten gebe, kommt aus der Rebe, welche Kollege Kölle auf der Generalversammlung in München gehalten hat. Der Vorstand führt aus die Höhe der von mir vorgeschlagenen Beiträge an; wie ich darüber denke, habe ich im vorigen Artikel erklärt. Ich will auch hier mit meiner Auffassung nicht zurückhalten. Können wir diese Beiträge nicht aufzutragen, so führen wir vorerst nur eine Unterstützungsseinrichung ein, statt mit den beiden eine Vergleichung der jetzt bestehenden herbeizuführen. In erster Linie würde der jezt allerdings die Arbeitslosenkasse in Frage kommen, da ich der Überzeugung bin, daß die Zuflusskasse bei genügender Agitation am eine hohe Mitgliedszahl zu bringen wäre. Über die Leistungen, welche wir haben und über diejenigen, welche der Vorstand vorgeschlagen hat, streite ich nicht mehr. Wenn es richtig ist, was der Vorstand sagt, so kommt er es sich ersparen, nachzuweisen, daß bei meinen vorgeschlagenen Sätzen die Klasse nicht existieren kann. Die Tabelle über die legigen Leistungen und die Vorstandsvorschläge ist auch vom Kollegen Kölle präsentiert zu angezeigt worden, als habe ich etwas bringen wollen, wobei ich mich verlaufen hätte. Hier möchte ich die Kollegen bitten, die legigen vier Sätze vor dieser Tabelle nochmals durchzulesen, da werden sie finden, daß mit nichts ferner gelegen hat, als etwas Vergleichliches. Nun wird mir auch der Vorstand vor, daß ich in der Täuschung bejedigt hätte. Es ist dies wieder eine der Unterstellungen, die ich in meinem Artikel absolut nicht finden kann. Das Wort Täuschung kommt zwar in einem Satze vor, aber im Interesse unserer Agitation am höchsten Blage will ich es hier nicht noch einmal niederschriften, was dort geschrieben steht, auf keinen Fall ist aber dem Vorstand eine Täuschung vorgeworfen worden. Der Vorstand mag den Satz noch einmal durchlesen und sich denselben selbst klar machen, da ich keine Lust verpüre, dieses für andere zu tun. Ob der Vorstand dieses oder jenes in meinem Artikel nicht gelesen oder nicht verstanden hat, das geht mich nichts an und ich verzichte mir darüber selbstverständlich nicht mit dem Kopf. Aber eins kann man doch verlangen, nämlich das, das man nicht mehr behauptet, als was wirklich gelagt worden ist.

Wie der Vorstand seinen Wunsche, sachlich zu diskutieren, nachgetommen ist, ist durch folgende Aussprüche konstatirt. Der Spruch vom "grünen Holz" mit dem "grünen Oberhaupt", die hausbadene Weisheit, "die Ziele des Kollegen Weise", das Beispiel in der Leistung von Beiträgen als Schredgespinn, die vielfachen Unterstellungen, auf die ich hingewiesen habe, dies alles trägt nicht den Stempel der Sachlichkeit. Ich neige aber an, daß sich der Vorstand gesagt hat, "dem Weise kommt ihr das schon lagen, der nimmt es doch nicht übel". Und ich will auch befremden, daß alle die Lebensverbündigkeiten, die mir da gelagt worden sind, mit einer vergnügten Stunde bereitstehen haben. Im Interesse der übrigen Kollegen möchte ich aber doch den Vorstand erläutern, diejenigen etwas anständiger zu behandeln, da in solchen Dingen nicht jeder so leicht bejedigt ist wie ich.

Aus meinem ersten sowie aus dem leichten Artikel werden die Kollegen ersehen haben, daß meine Vorschläge doch eine ernste Prüfung verdienen, für welche ich bereits Generalversammlungen entschieden haben. Aber auch in obligatorischer Form ist die Durchführung möglich, ohne daß dabei vorzüchliche Forderungen zurückgezogen werden. Meine Ansicht nach wird noch ein ganz ansehnlicher Beitrag übrig bleiben, wodurch eine Starlung des Kampfes herbeigeführt wird. Ich habe eine ganz Reihe Statuten von Gewerkschaften durchgesehen, welche teils Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, teils Krankenunterstützung allein gewähren. Keiner dieser Gewerkschaften, außer den Tabarbeitern, besaß derartige Einrichtungen, wie wie sie im Verein deutscher Schuhmacher eingeführt haben. Auch sind die Berichtsbefreiigungen in den Organisationen und deren Leistungen so gefaßt, daß sie auf unseren Verein nicht übertragbar sind. Die Tabarbeiter haben das Obligationen, wie es in meinen Vorschlägen enthalten ist, durchgeführt, ohne daß es besonders viel Schwab in der Organisation ausgewirkt hätte. Die Mitglieder haben es nach meinem Dafürhalten auch nicht nötig, da die Gegenleistungen in Unterstellungen den Beitragsleistungen gerecht werden. Ja, ich muß sogar konstatieren, daß für dieselben Beiträge, wie ich sie vorgeschlagen habe, die Tabarbeiter ein Bedeutendes mehr leisten. Die Vorschläge, die ich jetzt erhoben, sind nicht neu, vor zwei Jahren habe ich schon dasselbe getan. Nachdem auf der Konferenz in Thüringen 1900 ich es mißdeutigen gewannt, die Unterstüzung auf Kosten der jetzigen Beitragsleistung einzuführen, und es ist ganz unbegründet, wenn es so aufgesetzt wird, als wäre mir nichts daran gelegen, unsere Aufgaben als Gewerkschaft zu erfüllen. So wie wir in den Kampfen um unsere wirtschaftliche Lage der Soldarbeit das Werk reden, so müssen wir auch in den Unterstellungsreichthumungen der Solidarität das Werk reden. Wer vom Unlust befreitgezucht wird, der hat an und für sich schon genug barunter zu lieben.

Ich habe hierdurch nochmals meine Ansichten über meine Vorschläge vorgelegt, die Kollegen mögen über dieses vorne über das, was ich im vorigen Artikel gesagt habe, sich ein Urteil bilden, ob ich es, nach Ansicht des Vorstandes, nur verfehle, Vorschläge zu machen, ohne mich aber um die Durchführbarkeit in der Praxis zu kümmern.

Weiters.

Rudolf Weise.

In der letzten Nummer des "Fachblatt" befindet sich ein Artikel des Kollegen Pfäff, welcher über unsere Mitglieder in der Zuflusskasse leicht unterrichtet zu sein scheint. Wir haben die Zuflusskasse bereits im Jahre 1897 eingeführt und sind alle Mitglieder welche wir heute haben, freiwillig der Versicherung beitreten. Ich kann auch dem Kollegen Pfäff mitteilen, daß im dritten Quartal mehr als 100 Personen der Kasse beitreten sind, auch hoffen wir, im vierten Quartal weiter 200 zu gewinnen. Da ich an die Durchführbarkeit meiner Vorschläge glaube, ja Kollege Pfäff dies mußt du mir schon überlassen; ich habe ja die Absicht meine Ansicht jemand zu jungeren, jeder soll sich selbst ein Urteil bilden. Was ich muß, kann Kollege Pfäff aus obigen Ausführungen ersehen. Meine Absicht ist, die Kollegen der Doppelversicherung zu entheben; für mich ist es deshalb gleich, ob dieses Ding Kranken- oder Zuflusskasse heißt.

D. O.

## Soziale Kundsdjan.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August war nach den fakturiven Handelskennziffern um ein weiteres beifer, indem auf 100 offene Stellen 121,5 Arbeitssuchende kamen, gegen 187,8 im Juli und 148,1 im August 1902. Die andauernde Differenz ist um so bemerkenswerter, als die Zahl der Arbeitssuchenden gestiegen ist und beiderdings das Verhältnis für die männlichen Arbeiter sich gebevestigt hat.

Zur Durchführung des Arbeiterschutzes. Die Verordnung zum Schutz der Angestellten im Gastwirtschaftsvermögen ist momentan durch den "freimaurigen Vertrag" des Personals auf die ihm zukommende freie Zeit illos gemacht worden und das noch von leidet sozialen Sozialen berührte Breslauer Oberlandesgericht hat gefesloste Kreis freigesprochen, weil die Angestellten freiwillig auf die freie Zeit verzichtet hatten. Erfreulicherweise haben seitens anderer Gerichte das jeden Arbeiterschutz verhindende Breslauer Urteil desanisiert und nun hat auch die bayerische Regierung durch die den Bahnhofrestaurateuren gemachteandrohung der Auflösung des Wechslerverhältnisses für den Fall der Reichsbeachtung jener Verordnung zu deren Durchführung befeiget. Dabei erklärt es ausdrücklich den beliebten "freiwilligen Vertrag" der Angestellten auf ihre freie Zeit als rechtmäßig und strafbar mit Geldstrafen bis zu 300 M. evenuell Gefängnisstrafen bis zu 6 Wochen.

Auf der Verbandsversammlung der deutschen Gewerbeberichts in Dresden wurde hauptsächlich über die Proportionalität der Gewerbeberichts und über den Gelegenheitsberichts des Kaufmannsvereins verhandelt. Erstere verlangen die Arbeitervertreter obligatorisch, die Kaufhäuser derselben bestimmen sie mit Recht, da dabei die bürgerlichen Stadtverwaltungen nach Billfür schalten und wollen können und bis jetzt in der Tat der "Proport." nur da eingeführt wurde, wo die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind. Daß der freimaurige "Proport." im Gewerbeberichtsgefeie ein großes Stück Hindernis, reine Parteidiktat ist, wurde schon bei der Beratung im Reichstag von dem sozialdemokratischen Arbeiterverteilern festgestellt. Beigleitend der Kaufmannsverein erklärte sich die Mehrheit für ihren Anschluß an die bestehenden Gewerbeberichte.

Die Baugewerksmeister und die Tarifgemeinschaft. Der 18. Innungsverbandstag deutscher Baugewerksmeister besaß sich unter anderem auch mit der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen. Von mehreren Seiten wurde deren günstige Wirkung durch Herbeizuführung starker Arbeitsverhältnisse rücksichts anerkannt. Von mehreren Seiten wurde deren günstige Wirkung durch Herbeizuführung starker Arbeitsverhältnisse rücksichts anerkannt, nahm aber trotzdem dagegen Stellung, weil die Tarifgemeinschaft ein Werk der Sozialdemokraten (Sd) sei und ihre Förderung gleichzeitig eine Anerkennung der sozialdemokratischen Organisation bedeute. Schließlich stand folgende Resolution an: Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister möge zurzeit noch ablehnen, eine grundsätzliche Stellung zu der Frage der Tarifgemeinschaft einzunehmen. Er erkennt jedoch an, daß unter Umständen der Abschluß von Tarifgemeinschaften zweckmäßig ist. Für solche Abschlüsse sind die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes als zuständig anzusehen. Also selbst die schwarzmetalligen Baugewerksmeister sind den Schuhfabrikanten an sozialen Verbindungen um einige Verdelungen voraus.

Die Partei-Abstimmung, welche der sozialdemokratische Parteitag in Dresden mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen hat, lautet:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Einspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höhere Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind. Der Parteitag verurteilt auf das entschieden die revisionistischen Bestrebungen, unter besondere Beweise und festgestellt, auf dem Klassenkampf beruhende Tarif in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Erboderung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegentretenes an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Das folgt einer derartigen revisionistischen Tarif wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rechte Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern zeitig verstärken, und erklärt: 1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablegt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Willkür verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu ergraben; 2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky auf dem internationalen Kongreß 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. Der Parteitag verurteilt jedes Verbrechen, das vorhandenen, stets wachsenden Gegenseite zu verbüßen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder mit durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wähler erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs fruchtbare und nachdrückliche einzurichten und den Kampf wider Militarismus und Imperialismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialregelung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

## Mitteilungen.

Brüssel. Beim Tag der Eröffnung der Agitationskommission für Bauen und Bauderphysik in Nr. 40 d. Bl. hat die höchste Fazette in ihrer am 8. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung beschlossen, bei der Agitationskommission zu beantragen, noch im Laufe des Herbstes eine Konferenz einzuberufen und die obligatorische Einführung der Arbeitslosenversicherung und Krankenauflagekasse auf die Tagesordnung zu legen. Wir möchten deshalb sämtliche in Betracht kommenden Fazetten erjuden, sich uns anzuhören.

Hagen. Am 14. September war es uns möglich geworden, eine Befreiung der bürgerlichen Kollegen zu erbringen. Erstens für die Frage 1 mit der Absicht, die Vorstandsanträge zu wollen, zweitens für Frage 1, das Obligationen in seiner jetzigen Gestalt; drittens nur Arbeitslosenunterstützung allein; viertens Zuflusskasse allein; fünftens überhaupt kein Obligationen. Ich bleibe dabei, die Frage 1 kann, wenn sie angenommen wird, nur Ungewissheit hervorrufen. Dies kann über verhindert werden, wenn der Frage 1 die Worte beigesetzt werden, "in der jetzigen Form". Diese Worte waren auch in meinem ersten Artikel auf Spalte 2 in dem Satze: Dringend notwendig wäre, die Stimmette zu so gehalten, daß es heißt, "in der jetzigen Form" erhalten. Das Zeihen dieser Worte muß dem außerordentlichen Rat aufgetragen sein, da sonst der Nachtrag unverhindert ist. Wag man es noch so klar machen, die Auffassung der verfeindeten Kollegen, was sie zu Frage 1 eingeholt wissen wollen, kann man eben nicht durch Durchstreichen entfernen. Wie rechtmäßig damit hantet, geht daraus vorher, daß der Vorstand die Frage 1 propagiert und seinen Vorschlag empfiehlt. Deswegen ist auch die Veröffentlichung nicht das harmlose Ding, als welches man es hinzustellen sucht. Der Vorstand kann nun mitnewegen vorflüchten was er will, er kann auch noch so viel Propaganda darüber machen, wie er es nötig befindet, das alles soll nicht hören. Wenn aber der Vorstand es so aufstellt, daß bei Annahme der Ziffer 1 seine Vorschläge beachtet werden müßten, so haben auch diesejenen recht, wenn sie die Ziffer 1 ablehnen, obgleich sie dafür sind, aber die Vorstandsanträge nicht hören wollen. Die Siegesgewissheit des Vorstandes über die Annahme der Ziffer 1 kann schließlich denselben noch recht enttäuschen. Dieses zu der Frage der Abstimmung.

Die Bemerkung: "Nach dem Gesagten wird Kollege Weise vielleicht gelernt haben, wie er sein Veto abgeben soll", vielleicht ja, wenn dieses aber nicht der Fall, so ist es wohl möglich, vom Vorstand einen Knobelscheiter verabschieden zu erhalten. Des weiteren läßt mich der Vorstand sagen, die Unterstützung muß in im zweiten Jahre auf 18 Wochen ausgedehnt werden. Ich frage den Vorstand, wo steht das in meinem Artikel? Zu diesem Satz in der Entgegnung des Vorstandes ist in geradezu sarkastischer Form die Drückerhärte vertheidigt worden. Glaubt denn der Vorstand, daß es einen Kollegen gibt, der diesen Satz so zu aufgefaßt hat, als ob damit die prinzipiellen Ziele des Vereins gemeint waren. Nein, für so naiv hätte ich weiter den Vorstand noch die Kollegen, welche das "Fachblatt" lesen. Der Satz in meinem Artikel kann nur so aufgefaßt werden, daß damit die Einrichtungen gemeint sind, welche als Mittel zum Zweck im Verein deutscher Schuhmacher bereits eingeschafft sind. Dieses Ziel halte ich aufrecht, da ich es im Interesse der Gewerkschaft für wertvoll halte, die Mitglieder vom ihrer jetzigen Doppelversicherung ausgenommen zu machen. Aus diesem Grunde habe ich auch meine Vorschläge gemacht, weil ich glaube, dadurch dem Ziel ein Sinn näher zu kommen. Wird dieses durch meine Vorschläge erreicht, so bin ich der Überzeugung, im Interesse der Organisation gewillt zu haben. Wenn hente die Vorschläge des Vorstandes angenommen werden, so müssen alle Kollegen, welche jetzt doppelt versichert sind, an dieser Doppelversicherung festhalten. Die Beiträge werden dadurch für diese Kollegen unerträglich, als daß es durch meinen Vorschlag werden würden. Diese Kollegen können nach Tausenden gähnen und die Befürchtungen des Vorstandes meinen Vorschlägen gegenüber und ebenfalls in den seitigen enthalten.

Die hausbadene Weisheit, die ich zum besten gebe, kommt aus der Rebe, welche Kollege Kölle auf der Generalversammlung in München gehalten hat. Der Vorstand führt aus die Höhe der von mir vorgeschlagenen Beiträge an; wie ich darüber denke, habe ich im vorigen Artikel erklärt. Ich will auch hier mit meiner Auffassung nicht zurückhalten. Können wir diese Beiträge nicht aufzutragen, so führen wir vorerst nur eine Unterstützungsseinrich-

lung ein, statt mit den beiden eine Vergleichung der jetzt bestehenden herbeizuführen. In erster Linie würde der jezt allerdings die Arbeitslosenkasse in Frage kommen, da ich der Überzeugung bin, daß die Zuflusskasse bei genügender Agitation am eine hohe Mitgliedszahl zu bringen wäre. Leider die Leistungen, welche wir haben und über die vorgeschlagenen Sätze die Klasse nicht existieren kann. Die Tabelle über die legigen Leistungen und die Vorstandsvorschläge ist auch vom Kollegen Kölle präsentiert zu angezeigt worden, als habe ich etwas bringen wollen, wobei ich mich verlaufen hätte. Hier möchte ich die Kollegen bitten, die legigen vier Sätze vor dieser Tabelle nochmals durchzulesen, da werden sie finden, daß mit nichts ferner gelegen hat, als etwas Vergleichliches.

Die Baugewerksmeister und die Tarifgemeinschaft. Der 18. Innungsverbandstag deutscher Baugewerksmeister besaß sich unter anderem auch mit der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen. Von mehreren Seiten wurde deren günstige Wirkung durch Herbeizuführung starker Arbeitsverhältnisse rücksichts anerkannt. Von mehreren Seiten wurde deren günstige Wirkung durch Herbeizuführung starker Arbeitsverhältnisse rücksichts anerkannt, nahm aber trotzdem dagegen Stellung, weil die Tarifgemeinschaft ein Werk der Sozialdemokraten (Sd) sei und ihre Förderung gleichzeitig eine Anerkennung der sozialdemokratischen Organisation bedeute. Schließlich stand folgende Resolution an: Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister möge zurzeit noch ablehnen, eine grundsätzliche Stellung zu der Frage der Tarifgemeinschaft einzunehmen. Er erkennt jedoch an, daß unter Umständen der Abschluß von Tarifgemeinschaften zweckmäßig ist. Für solche Abschlüsse sind die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes als zuständig anzusehen. Also selbst die schwarzmetalligen Baugewerksmeister sind den Schuhfabrikanten an sozialen Verbindungen um einige Verdelungen voraus.

Die Partei-Abstimmung, welche der sozialdemokratische Parteitag in Dresden mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen hat, lautet:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Einspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höhere Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind. Der Parteitag verurteilt auf das entschieden die revisionistischen Bestrebungen, unter besondere Beweise und festgestellt, auf dem Klassenkampf beruhende Tarif in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Erboderung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegentretenes an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Das folgt einer derartigen revisionistischen Tarif wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rechte Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern zeitig verstärken, und erklärt: 1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablegt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Willkür verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu ergraben; 2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky auf dem internationalen Kongreß 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. Der Parteitag verurteilt jedes Verbrechen, das vorhandenen, stets wachsenden Gegenseite zu verbüßen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wähler erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs fruchtbare und nachdrückliche einzurichten und den Kampf wider Militarismus und Imperialismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialregelung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

